

Demografischer Wandel – Auswirkungen, Konsequenzen und Herausforderungen an ein Flächenland. Wie Politik und Bürgergesellschaft in Brandenburg Verantwortung übernehmen.

von Norbert Glante¹

Mitglied des Europäischen Parlaments, SPD-Abgeordneter aus dem Land Brandenburg

Demografischer Wandel – das ist mittlerweile ein feststehender Begriff, der uns immer häufiger begegnet. Kein Wunder, denn die gesellschaftspolitischen Herausforderungen, die mit dem altersstrukturellen Wandel einhergehen, werden enorm sein. Was jahrzehntelang kollektiv ignoriert wurde und von den meisten von uns – auch heute noch – als abstrakt und als Zukunftsszenarium bezeichnet wird – nur 24 Prozent der Bevölkerung geben an, sich um die alternde Gesellschaft Gedanken zu machen² –, wird in einigen Jahren bedeutende Veränderungen für uns alle mitbringen. Das heißt: Demografischer Wandel ist eben kein Zukunftsthema, denn schon heute müssen die Weichen gestellt werden, damit uns die Folgen des Alters der Bevölkerung nicht unvorbereitet treffen.

Die Politik ist gefordert, sich mit diesem Thema zu befassen, um verantwortungsvolle und sozialverträgliche Lösungen zu finden. Im Fokus dieses Textes steht daher eine Bestandsaufnahme der bereits bestehenden Ansätze in „der“ Politik sowie bei den politisch Verantwortlichen. Um es vorweg zu nehmen: Es wurde bereits einiges auf den Weg gebracht. Gleichzeitig will ich betonen, dass es aufgrund der Komplexität des Themas nicht „die“ Lösung gibt bzw. geben kann, sondern dass interdisziplinäre Ansätze für zielführende Ergebnisse notwendig sind. Die Folgen des demografischen Wandels müssen von der Arbeits- und Sozialpolitik genauso berücksichtigt und flankiert werden wie von der Gesundheits- und Kommunalpolitik. Ebenso gilt dies im Hinblick auf die Kompetenzebenen – Lösungsansätze in Kommunal-, Landes-, Bundes- und Europapolitik müssen ineinandergreifen und aufeinander abgestimmt sein, um bestmögliche Ergebnisse zu erzielen.

Dies aus meinem Blickwinkel als sozialdemokratischer Europaabgeordneter für Brandenburg zu sehen, soll Ziel der folgenden Ausführungen sein.

¹ Ein knappes Interview mit dem Autor finden Sie am Ende des Aufsatzes.

² Laut einer Forsa-Umfrage im August 2010, <http://www.marktforschung.de/information/nachrichten/marktforschung/deutsche-stehen-dem-demografischen-wandel-gelassen-gegenueber/>. (Alle in diesem Text zitierten Links wurden zuletzt am 09.02.2011 eingesehen.)

Ich möchte herausstellen, dass nicht nur das Flächenland Brandenburg vor gewaltigen demografischen Herausforderungen steht – auch andere Regionen in Deutschland und Europa stehen vor ähnlichen Veränderungsprozessen, die regionalspezifische Antworten erfordern. Es wird darauf ankommen, sich – offen und ehrlich – der Problematik bewusst zu werden und je nach Bedarf gemeinsame wie auch eigenständige Lösungen zu entwickeln.

Ich vertrete hier meine persönliche Auffassung und möchte in erster Linie erreichen, dass mehr Bewusstsein für das Thema geschaffen wird. Der Diskussionsprozess steht im Vordergrund, nicht zuletzt, weil politische Entscheidungen zum Wohle der Wählerinnen und Wähler ergehen. In diesem speziellen Fall kommt hinzu – und das wird noch angesprochen –, dass viele der diskutierten Entscheidungen und Lösungsansätze von einer erfolgreichen Beteiligung und auch vom aktiven Engagement der Bevölkerung abhängen.

Ich gliedere meine Betrachtungen in folgende Abschnitte:

1	Eine schrumpfende und alternde Gesellschaft – Zahlen und Fakten	2
2	Herausforderungen an die Politik auf verschiedenen Sachebenen.....	5
3	Spezifische Rahmenbedingungen in Brandenburg	9
4	Lösungsansätze – im Fokus: in Brandenburg	13
5	Fazit.....	23

1 Eine schrumpfende und alternde Gesellschaft – Zahlen und Fakten

Bundesweit

Nach den aktuellen Bevölkerungsvorausberechnungen des Statistischen Bundesamtes³ wird die Bevölkerungszahl von heute 82 Millionen auf 65 bis 70 Millionen im Jahr 2060 zurückgehen. Das entspricht einem Rückgang zwischen 15 bis 21 Prozent. 65 Jahre oder älter ist heute jeder Fünfte, 2060 wird es jeder Dritte sein.

Der **Bevölkerungsrückgang** ist damit zu erklären, dass mehr Menschen sterben als geboren werden: Im Jahr 2060 werden voraussichtlich mehr als 500.000 Menschen mehr sterben als Kinder geboren werden. Dieser Umstand kann weder durch Zuwanderungsüberschüsse aus dem Ausland noch durch eine etwas höhere Kinderzahl je Frau aufgehalten werden. Aktuell

³ Ergebnisse der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung aus dem Jahre 2009. Diese sowie weitergehende Informationen unter www.destatis.de. Eine animierte Bevölkerungspyramide ist unter <http://www.destatis.de/bevoelkerungspyramide/> zu finden.

liegt die durchschnittliche Geburtenrate übrigens bei 1,4 Kindern je Frau. Um den Bestand der Elterngeneration zu erhalten, wären dauerhaft 2,1 Kinder je Frau erforderlich.

Das **Altern** der deutschen Bevölkerung ist der höheren Lebenserwartung zu verdanken. Vor allem bessere Lebensbedingungen und gute medizinische Versorgung führen dazu, dass die Lebenserwartung Neugeborener bis zum Jahr 2060 für Jungen um etwa 8 Jahre auf 85,0 Jahre und für Mädchen um etwa 7 Jahre auf 89,2 Jahre zunehmen wird. Anfang des 20. Jahrhunderts lag die Lebenserwartung nur bei 45 bzw. 48 Jahren.

Genauere Betrachtung verdient die Bevölkerung im Erwerbsalter, da deren Struktur unmittelbare Auswirkungen auf unsere Gesellschaftsstruktur hat – Stichwort **Generationengerechtigkeit**. Die Anzahl der Erwerbsfähigen im Alter von 20 bis 64 Jahren wird von heute knapp 50 Millionen auf etwa 33 Millionen im Jahr 2060 zurückgehen, was einem Rückgang von 34 Prozent entspricht⁴. Anders ausgedrückt: Während heute drei Erwerbsfähige für einen Rentner aufkommen, muss diese Leistung 2060 von anderthalb Erwerbstätigen erbracht werden. Die alterungsbedingten öffentlichen Ausgaben werden in den kommenden Jahren also erheblich steigen!

Brandenburg

Die Prognosen für Brandenburg sehen noch extremer aus. Nach der gleichen Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes von 2009⁵ wird die Bevölkerungszahl in Brandenburg von heute 2,5 Millionen auf nur noch 1,6 Millionen im Jahr 2060 sinken. Das entspricht einem Rückgang von 36 Prozent. In Brandenburg sind heute bereits 22,5 Prozent der Bevölkerung 65 Jahre oder älter, 2060 werden es 37,2 Prozent sein.

Bei diesen Vergleichszahlen ist allerdings folgendes zu berücksichtigen: Bevölkerungsprognosen liegen bestimmte Annahmen zugrunde.

- Ein wesentlicher Faktor ist das Verhältnis von Fertilität und Mortalität, also, wie sich die Geburts- und Sterberate zueinander verhalten.
- Daneben spielt die Lebenserwartung eine Rolle, und
- drittens sind Bevölkerungswanderungen zu nennen, die unter Umständen erheblichen Einfluss – positiv wie negativ – auf die Bevölkerungszahl haben können.

⁴ Hierbei sind keine Zuwanderungen berücksichtigt. Wandern jährlich etwa 200.000 Personen zu, so fällt die Prognose günstiger aus, und das Minus liegt nur bei etwa 27 Prozent.

⁵ Vgl. Fußnote 2.

Die beiden erstgenannten Faktoren sind in den letzten Jahren relativ konstant geblieben. Der Faktor „Wanderung“ hingegen ist „unsicher“ im Sinne von „nicht vorhersehbar“, denn zum einen sind Wanderungen in erheblichem Maße von äußeren, von Demografen nicht beherrschbaren Umständen abhängig, bspw. den wirtschaftlichen Verhältnissen: boomt oder stagniert die Wirtschaft mit der Folge, dass Arbeitskräfte kommen oder gehen? Zum anderen fallen die Wanderungen mehr ins Gewicht, je kleinteiliger das Betrachtungsgebiet ist. Zieht jemand von Brandenburg nach Niedersachsen, fällt dies bei der bundesweiten Betrachtung nicht ins Gewicht, bei der Betrachtung der einzelnen Bundesländer hingegen schon.

Insofern sind die o.g. Bevölkerungsvorausschau für Brandenburg bis zum Jahr 2060 mit einem entsprechenden Unsicherheitsfaktor zu betrachten. Die Tendenz ist allerdings gleich und wird auch aus der Bevölkerungsprognose des Landesstatistikamtes für Brandenburg deutlich, die nur bis ins Jahr 2030 vorausschaut⁶. Im Vergleich zu 2008 wird die Bevölkerung Brandenburgs danach bereits um knapp 12 Prozent auf 2,2 Millionen sinken.

Ost- und Westdeutschland

Insgesamt wird der Osten Deutschlands bis zum Jahr 2060 in viel stärkerem Maße vom Rückgang der Bevölkerung betroffen sein als der Westen: In den ostdeutschen Bundesländern (ohne Berlin) werden 2060 rund 37 Prozent weniger Menschen als im Jahr 2008 leben. In den westlichen Flächenländern wird die Bevölkerung bis 2060 lediglich um 19 Prozent schrumpfen. Besonders schnell wird diese Entwicklung in den kommenden zwei Jahrzehnten voranschreiten: Bereits um 2030 wird die Bevölkerungszahl in den neuen Ländern um 15 Prozent niedriger sein als heute, und jeder dritte Einwohner wird 65 Jahre oder älter sein^{7,8}.

Europäische Union

Abschließend lohnt ein Blick auf die Entwicklungen innerhalb der Europäischen Union. Es zeigt sich, dass diese Entwicklungen – zumindest im Hinblick auf die Altersstruktur der Gesellschaft – kein spezifisch deutsches Phänomen sind. Nach Erhebungen von Eurostat⁹ wird sich die Zahl der über 65-jährigen von 17 Prozent der Bevölkerung im Jahr 2008 auf 30 Prozent im Jahr 2060 nahezu verdoppeln.

⁶ http://www.statistik-berlin-brandenburg.de/Publikationen/Stat_Berichte/2010/SB_A1-8_j02-09_BB.pdf, hier v.a. S. 9.

⁷ Pressemitteilung Nr. 60 des Statistischen Bundesamtes vom 23. Februar 2010, in der ergänzende Ergebnisse zur 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung aus dem Jahre 2009 veröffentlicht wurden.

⁸ Folgende Karte bietet einen Überblick: http://www.berlin-institut.org/newsletter/u35-Jaehrige_2007_nl.jpg.

⁹ <http://www.bildungsspiegel.de/news-zum-thema/europaeische-union-bevoelkerungsprojektionen-2008-2060.html?Itemid=518>.

Allerdings wird die prognostizierte Bevölkerung insgesamt mit 500 Millionen Bürgerinnen und Bürgern auch im Jahr 2060 etwa genauso groß sein wie heute, was in erster Linie mit Zuwanderungen begründet wird. Das Verhältnis der Personen im erwerbsfähigen Alter zu den Personen, die älter als 65 Jahre sind, wird sich halbieren von heute 4:1 auf 2:1 im Jahre 2060.

2 Herausforderungen an die Politik auf verschiedenen Sachebenen

Die Fakten sind klar. Jetzt geht es darum, die Weichen für unser künftiges Gesellschaftsmodell zu stellen. Diese Planungen müssen zukunftsweisend sein und auf einem Gesamtkonzept basieren, das verschiedene Sach- und Kompetenzebenen miteinander verzahnt.

Wir werden sehen, dass sich das Thema bereits auf zahlreichen Tagesordnungen im politischen Betrieb wiederfindet. Warum davon relativ wenig an die breite Öffentlichkeit dringt, hat aus meiner Sicht zwei Gründe.

- Zum einen hängt das damit zusammen, dass mit den erforderlichen Anpassungen Einschnitte für jeden Einzelnen und jede Einzelne von uns einhergehen werden. Und welcher Politiker verkündet schon gerne notwendige Einschnitte?
- Zum anderen zeigt sich, dass die Thematik komplex und damit sehr schwer kommunizierbar ist. Die demografische Entwicklung ist mitnichten ein klar abgrenzbarer Komplex, sondern es sind viele gesellschaftspolitische Bereiche berührt.

An dieser Stelle fällt mir ein Interview mit dem Ministerpräsidenten Estlands, Andrus Ansip, ein¹⁰. Um die Stabilitätskriterien für den Euro auch in der Wirtschaftskrise aufrecht zu erhalten, haben die Esten gleichzeitig die öffentlichen Ausgaben um neun Prozent zurückgefahren, eines der liberalsten Arbeitsgesetze der EU eingeführt, das Rentenalter erhöht, die Steuern auf Alkohol, Benzin und Tabak erhöht sowie die Mehrwertsteuer von 18 auf 20 Prozent heraufgesetzt¹¹.

Auf die Frage, wie er dies geschafft habe, ohne dass es zu massiven Protesten kam, antwortete der Ministerpräsident: „Die Esten verstehen eben, dass Regierungen keine Wunder vollbringen können. Dass sie nur Geld ausgeben können, das die Steuerzahler ihnen gegeben haben. In Estland ist die Öffentlichkeit nicht bereit, sich von den kommenden Generationen Geld auszuleihen.“

Für den Ruf nach politischer Steuerung heißt das, dass interdisziplinäre Ansätze gefragt sind, denn es entstehen schwer überschaubare Abstimmungserfordernisse. Hinzu kommt, dass lang-

¹⁰ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16.12.2010, Seite 2.

¹¹ Allerdings muss man hier dazu sagen, dass die Esten vor der Wirtschaftskrise Wachstumsraten von bis zu zehn Prozent hatten. Insofern war es für die Regierung leichter, diese Einschnitte durchzusetzen.

fristig geplant und umgesetzt werden muss – über Wahlperioden hinweg. Hieraus leiten sich für uns als handelnde Politiker mehrere konkrete Fragestellungen ab:

- Wie organisiere ich politische Mehrheiten?
- Wie gelingt es, in Generationen und nicht in Wahlperioden zu denken?
- Wie bekomme ich die gesellschaftlichen Gruppen ins Boot?
- Wie schaffe ich Bewusstsein bei Wirtschaftsvertretern?
- Und: Wie sag' ich's meinem Wähler?

Erschwerend kommt hinzu, dass es keine Erfahrungswerte gibt, auf die zurückgegriffen werden kann. Die Generalprobe ist sozusagen gleichzeitig die Premiere. „Trial and error“ ist nicht möglich – erstens, weil wir nicht in die Zukunft blicken können und zweitens, weil keine Zeit bleibt. Nach Analysen auf EU-Ebene steht nur ein Zeitfenster bis ca. 2020 zur Verfügung, um die in alternden Gesellschaften erforderlichen Strukturreformen auf den Weg zu bringen¹², weil die Erwerbsbevölkerung nur noch innerhalb dieses Zeitrahmens wachsen wird. Viel Zeit bleibt nicht.

Die berührten Politikbereiche

Am Anfang der Entwicklung von Handlungsansätzen steht die Analyse der Themenbereiche, um eingrenzen und gezielt und effizient agieren zu können. Folgende Politikbereiche sind von der Demografieentwicklung betroffen:

- Die Schieflage im **Rentensystem** habe ich schon angesprochen. Mit dem Alterseinkünftegesetz wurde die einkommenssteuerrechtliche Behandlung von Altersvorsorgeaufwendungen und Altersbezügen grundlegend umgestaltet. Ferner wurde die nachgelagerte Besteuerung von Renten eingeführt.

Modelle wie die Riesterrente, mit denen die private Altersvorsorge als zweites Standbein neben der gesetzlichen Rente staatlich gefördert wird, sind eine Reaktion auf den demografischen Wandel, da in Zukunft schlicht nicht mehr so viele Erwerbstätige in die Rentenkassen einzahlen werden, dass alle Rentenansprüche erfüllt werden können.

- Die finanzielle Belastung, die auf unsere **Gesundheitssysteme** zukommt, ist bekannt und nachvollziehbar, wenn man weiß, dass in Zukunft immer mehr alte Menschen medizinisch zu versorgen sind, gleichzeitig aber weniger erwerbsfähige Menschen in die Gesund-

¹² Mitteilung der Europäischen Kommission vom 29.04.2009 „Die Auswirkungen der demografischen Alterung in der EU bewältigen (Bericht über die demografische Alterung 2009)“, KOM(2009)180 endgültig.
<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2009:0180:FIN:DE:PDF>

heitskassen einzahlen. Woran seltener gedacht wird: Wer soll in Zukunft all die pflegebedürftigen Menschen versorgen? Bereits heute gilt, entsprechend qualifiziertes Pflegepersonal auszubilden. Ganz profan, aber dennoch wichtig: Kommunen berücksichtigen bei Bauvorhaben bereits heute, dass die Gehwege asphaltiert und nicht gepflastert werden, damit sie für Rollstuhlfahrer besser befahrbar sind, auch wenn der Denkmalschutz eigentlich etwas anderes vorgibt.

- Eine zentrale Rolle wird die **Migrations- und Integrationspolitik** spielen. Jeder Staat entscheidet mit seiner Einwanderungspolitik über Zuzug und Aufenthaltsdauer. Entsprechende Migrationsbewegungen können einen Teil der Probleme, die aufgrund der demografischen Entwicklung entstehen, verringern, weil die Tendenz der sinkenden Bevölkerungszahl im erwerbsfähigen Alter abgemildert werden kann. Hier liegt also eine Chance. Allerdings können andere Probleme im Gegenzug erst entstehen bzw. verschärft werden: An erster Stelle dürfte hier die **Integration** der Zuwanderer stehen, die bereits heute eine große gesellschaftspolitische Herausforderung darstellt.
- Nicht ganz so offensichtlich sind die einzelnen Facetten der **Familien- und Arbeitsmarktpolitik**. Wenn die Berufschancen für Frauen verbessert werden sollen, muss das Betreuungsangebot für Kinder ebenfalls gesteigert werden. Flexible Arbeitszeitmodelle für Frauen *und* Männer nach skandinavischem Vorbild sollen auch hier ermöglicht werden. Das hat nicht nur etwas mit Emanzipation oder Feminismus zu tun. Hier geht es ganz nüchtern darum, dass Frauen tatsächlich in die Lage versetzt werden, Kinder zu bekommen und gleichzeitig berufstätig zu sein. Beides ist für die Gesellschaft wichtig: Eine höhere oder mindestens konstante Geburtenrate sichert den Bevölkerungsbestand. Und je früher Frauen wieder arbeiten, desto eher fließt ein Teil ihres Verdienstes in die Sozialkassen. Flexibilität in der Arbeitswelt und vor allem verbesserte Arbeitsumstände, auch vor dem Hintergrund pflegebedürftiger Eltern, dürften aber nicht nur für Frauen, sondern ganz generell unumgänglich sein.

Langfristig werden die Menschen länger arbeiten, vorausgesetzt, sie sind körperlich dazu in der Lage! Wer bereits mit Ende 50 derart hart gebuckelt hat, dass er beispielsweise nicht mehr auf Knien Fliesen verlegen kann, wird diese Voraussetzung aus gesundheitlichen Gründen überhaupt nicht erfüllen können. Hier werden wir umdenken und flexible Arbeitsformen schaffen müssen. Hier ist nicht nur die Politik, sondern hier sind in erster Linie auch Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber gefragt.

- Auch die **Bildungspolitik** ist betroffen. Gute Ausbildungsmöglichkeiten zum Beispiel sind ein wesentlicher Grund, um junge Menschen davon abzuhalten abzuwandern und woanders ihr Berufsleben zu beginnen bzw. dauerhaft fortzuführen. Aber auch die Betriebe haben ein großes Interesse an guten Ausbildungsverhältnissen, da der Fachkräftemangel, der wegen des demografischen Wandels entsteht, bereits jetzt in einigen Branchen spürbar ist.

Ein zentrales Problem ist der **Erhalt der Schulen**. Viele müssen geschlossen werden, wenn nicht genug Kinder vor Ort leben, um eine Schulklassenstärke zu erreichen. Wenn Schulen aber erst einmal geschlossen sind, besteht für junge Erwachsene, die eine Familie gründen wollen, aber erst recht kein Anreiz mehr, in diese Regionen zu ziehen und sich dort dauerhaft anzusiedeln. Genau das ist aber für viele Gemeinden notwendig, um den Auswirkungen des demografischen Wandels entgegenzuwirken.

- Daran schließen sich **verkehrspolitische Auswirkungen** an, die ganz erheblich sein werden. In Zukunft wird es sich ökonomisch nicht mehr lohnen, das öffentliche Verkehrsnetz bis in alle ländlichen Bereiche auszubauen bzw. zu erhalten. Wie aber sollen die Kinder, in deren Wohnort die örtliche Grundschule geschlossen hat, dann in die nächstgelegene Stadt kommen? Wie sollen Pendler ohne Auto zur Arbeit, Rentner zum Arzt oder zum Einkaufen transportiert werden, wenn Bus- und Bahnlinien bereits heute weniger frequentiert eingesetzt oder ganz eingestellt werden? Paradox ist diese Entwicklung gerade für ältere Menschen, deren **Mobilität** mit zunehmendem Alter sinkt und die daher gleichzeitig in höherem Maße auf öffentliche Verkehrsnetze angewiesen sind.

Die berührten Kompetenzbereiche

Ein Wort noch zu den administrativen Zuständigkeiten: Neben den Verzahnungen auf sachlicher Ebene sind unterschiedliche **Kompetenzebenen** berührt.

- Während die Renten- und die Gesundheitspolitik vom *Bund* geregelt werden,
- liegt die Bildungspolitik in *Länderhoheit*.
- Viele Bereiche der Daseinsvorsorge – z.B. Krankenhäuser, Bildungs- und Kultureinrichtungen oder Kindertagesstätten – fallen in den Bereich der *Kommunalverwaltung*.
- Und auch die *europäische Ebene* ist involviert – viele der europäischen Fördergelder zur Strukturförderung fließen in regionale Projekte.

Allein die Aufzählung dieser Ebenen verdeutlicht, dass ein ganzheitlicher pragmatischer Ansatz und keine Kompetenzstreitigkeiten zum Lösen der anstehenden Fragen benötigt werden.

3 Spezifische Rahmenbedingungen in Brandenburg

Nach diesem allgemeinen Überblick möchte ich nun die Verhältnisse in Brandenburg genauer betrachten. Nach den Bevölkerungsprognosen wird Brandenburg zwischen 2008 und 2030 rund 12 Prozent seiner Bevölkerung verlieren¹³.

Die Folgen dieser Entwicklung zeigen sich bereits heute in fast allen gesellschaftlichen Bereichen:

- Schulen werden geschlossen,
- entlegene Dörfer und Gebiete bluten regelrecht aus,
- die (not-) ärztliche Versorgung droht zusammenzubrechen,
- die öffentlichen Haushalte verschulden sich immer tiefer.

Wissenschaftlichen Untersuchungen zufolge wird sich diese Entwicklung künftig noch verstärken¹⁴.

Brandenburgspezifische Ursachen

Es gibt einige brandenburgische Spezifika.

a) Demografische Effekte der deutschen Einheit

Die demografischen Effekte der deutschen Einheit treffen Brandenburg als ostdeutsches Bundesland doppelt – im negativen Sinn: Es muss neben dem extremen Geburtenknick der 1990er Jahre („Wendeknick“) die starke Abwanderung von Ost nach West verkraften.

Die Fertilitätsrate rutschte 1991 nach der Wiedervereinigung ruckartig in den Keller und sank im Jahre 1993 auf einen Tiefstand ab, als nur noch 12.238 Kinder in Brandenburg geboren wurden. Zum Vergleich: 1980 kamen noch 40.000 Kinder in Brandenburg zur Welt. Hinzu kommen die Abwanderungen von Ost nach West. Zwischen 1991 und 2005 verließen ca. 1,75 Millionen Menschen die neuen Bundesländer. Aus Brandenburg sind in diesem Zeitraum etwa 860.000 Menschen weggezogen¹⁵. Weil gerade Jüngere und Frauen abgewandert sind,

¹³ http://www.statistik-berlin-brandenburg.de/Publikationen/Stat_Berichte/2010/SB_A1-8_i02-09_BB.pdf.

¹⁴ Gutachten des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung zum demografischen Wandel im Land Brandenburg im Auftrag des Brandenburgischen Landtags (2007), <http://www.berlin-institut.org/studien/gutachten-zum-demografischen-wandel-im-land-brandenburg.html>, im Folgenden zitiert als „Gutachten Landtag“.

¹⁵ http://www.brandenburg.de/cms/media.php/1168/db_end.pdf.

fehlen diese wiederum als potenzielle Elterngeneration – dieses Phänomen wird sich noch verstärken, wenn die geburtenschwachen Jahrgänge der 1990er Jahre bald schon in das Familiengründungsalter kommen. Nach den Bevölkerungsvorausschauungen wird erwartet, dass sich die Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter bis zum Jahr 2030 halbieren wird!

Übrigens ist die Kehrseite dieser beschleunigten demografischen Entwicklung im Osten Deutschlands in den westdeutschen Bundesländern zu spüren, wo der demografische Wandel entsprechend gedämpft wurde.

b) Zunahme eines Stadt-Land-Gefälles

Brandenburg hat keine homogene Bevölkerungsstruktur, sondern ist zunehmend durch eine polare Bevölkerungsstruktur geprägt:

- Peripheres Land mit schrumpfender und alternder Bevölkerung,
- Angeschlagene Ex-DDR-Industriestädte wie Eisenhüttenstadt oder Schwedt,
- Schrumpfende Mittelstädte wie Cottbus, Brandenburg oder Eberswalde,
- Wachsende Berliner Außenbezirke mit Gewerbe und neuen Siedlungsgebieten wie Teltow sowie wachsende Verzahnung zwischen Berlin und seinem Umland („Speckgürtel“),
- Prosperierende Verwaltungs- und Wohnmetropole Berlin.

Es ist davon auszugehen, dass sich die Brandenburger Bevölkerung zunehmend auf ein dynamisches Zentrum um die Bundeshauptstadt Berlin und eine weite von Abwanderung geprägte Peripherie aufteilt.

Im Berliner Speckgürtel kann weiter mit Zuzug und Bevölkerungswachstum gerechnet werden: Die Bevölkerungsprognose des Landes Brandenburg für den Zeitraum 2009 bis 2030¹⁶ kommt zu dem Ergebnis, dass lediglich 30 Gemeinden, die sich ausnahmslos im Berliner Umland befinden, künftig eine *langfristig* wachsende Bevölkerung haben werden. Der Großteil der übrigen entlegenen Landesteile wird hingegen ein Fünftel der Bevölkerung und weitere Wirtschaftskraft einbüßen und damit die Hauptlast der Veränderung zu tragen haben¹⁷.

Diese Entwicklung kann für das Land insgesamt zu einer Zerreißprobe führen – auf allen Ebenen: Wer zurückbleibt, ist oft einkommensschwach, wenig mobil und häufig auf Transferleistungen angewiesen. Im Berliner Umland und der Landeshauptstadt Potsdam hingegen dürften die wohlhabenden Haushalte mit entsprechend konträrem sozialen Status vorherr-

¹⁶ Statistisches Landesamt Berlin-Brandenburg, Presse-Veröffentlichung am 27.05.2010.

¹⁷ Gutachten Landtag.

schen. Das klingt nach sozialem Sprengstoff und Verteilungskämpfen um finanzielle Ressourcen – auch der politischen Ressorts: Während Finanzminister beispielsweise jubeln, wenn unrentablen Vorhaben der öffentliche Geldhahn abgedreht wird, werden Bildungs-, Sozial- und Verkehrsminister vor neue Probleme gestellt, wenn Schulen und Gemeindezentren geschlossen werden oder das öffentliche Nahverkehrsnetz eingeschränkt wird.

c) Keine Wirtschaft – keine Zuwanderung

Der Grundsatz, nach dem sich demografischer und wirtschaftsstruktureller Wandel gegenseitig beeinflussen, ist für das strukturschwache Brandenburg nur eingeschränkt anwendbar. Zwar gilt auch in Brandenburg, dass weniger Menschen ab- und günstigstenfalls sogar Menschen zuwandern, wenn das Arbeits- und Ausbildungsplatzangebot erhöht und stabilisiert wird. Brandenburgs Haupterwerbszweige – Agrarwirtschaft und Tourismus – haben aber im Hinblick auf das Arbeitsplatzangebot ein überschaubares Wachstumspotenzial.

d) Finanzielle Lage des Landes

Ein Blick auf Brandenburgs finanzielle Ausgangslage zeigt eine weitere Besonderheit auf. Brandenburgs Haushalt ist in hohem Maße von Transferleistungen abhängig. Brandenburg erhält auf Bundesebene finanzielle Zuwendungen aus dem Solidarpakt II (2009: 1,3 Milliarden Euro) und dem Länderfinanzausgleich (2009: gut 500 Millionen Euro). Daneben fließen in der aktuellen Förderperiode 2009-2013 rund drei Milliarden Euro aus Europäischen Strukturfonds nach Brandenburg.

Damit ist Brandenburg an sich schon ein strukturschwaches Land. Ein paar Jahre weiter in die Zukunft geschaut wird diese Schwachstelle noch ausgeprägter sein. Die Transferleistungen aus dem Solidarpakt II werden schrittweise bis 2019 verringert. Ab 2020 wird diese Einkommensquelle endgültig wegfallen.

Aufgrund der erhöhten Bedürftigkeit schwächerer Regionen in den neuen EU-Mitgliedstaaten wird der Förderanteil Brandenburgs in der neuen Förderperiode ab 2014 mit Sicherheit geringer ausfallen. Das ist meiner Meinung nach grundsätzlich ein gutes Zeichen, weil es uns in Brandenburg ja insgesamt besser geht – wir konnten die Fördermittel der Europäischen Union in der Vergangenheit zielgerichtet und zweckentsprechend nutzen, um unser Wohlstandsniveau zu steigern. Aber im Hinblick auf die leeren Kassen infolge der demografischen Entwicklung kommt dieses Defizit ohne Zweifel ungelogen.

Die konkreten Herausforderungen abschließend auf einen Blick¹⁸

Haushalt / Sozialsysteme	Bevölkerung / Arbeitsmarkt	Wirtschaft / Verwaltung	Infrastruktur
Weniger Pro-Kopf-Einnahmen für das Land	Mangel an Eltern-generationen	Nachwuchs- und Fachkräftemangel in Wirtschaft und Verwaltung	Ökonomisch unrentable Auslastung der baulichen, technischen und sozialen Infrastruktur
Höhere Pro-Kopf-Verschuldung infolge Bevölkerungsrückgangs	Zunehmend alternde Gesellschaft	Andere Konsum- und Betreuungsbedürfnisse einer alternden Gesellschaft	An alternde Gesellschaft ausgerichtete technische und soziale Infrastruktur
Weniger Einzahler in Sozialkassen	Zunahme sozialer Segregation: alt – jung, Stadt – Land, arm – reich:	Veränderte Betriebsstrukturen und Leistungsverständnisse (z.B. Aufrechterhaltung von Standorten)	Wohnungsleerstand
Erhöhung der Rentenbezugsdauer	Gesellschaftliches Konfliktpotenzial!		Notwendigkeit leistungsfähiger Telekommunikations-Infrastruktur
Zunahme von Pflegedienstleistungen	Weniger Schüler, Azubis und Studenten		
	Mangel an Fachkräften		

Zwischenergebnis: Die Probleme sind in Brandenburg außerordentlich vielfältig. Brandenburg steht zwar nicht alleine da, hat im Vergleich zu anderen Flächenländern des Bundes aber keine besonders gute Startposition.

Positiv ist allenfalls, dass die Auswirkungen des demografischen Wandels in Brandenburg früher zu Tage treten, so dass das Bewusstsein in den Köpfen der Brandenburgerinnen und Brandenburger – und vor allem in denen ihrer politischen Vertreter in Landes-, Bundes- und Europaparlament – bereits vorhanden und geschärft ist. Auch sollte das Land aus seiner „Vorreiterrolle“ Selbstbewusstsein und konkurrenzfähiges Know-how entwickeln. Künftig werden gesellschaftliche Konzepte gebraucht, die auch ohne Wachstum das Wohlergehen der Gesellschaft garantieren.

Ob dieser Zeitvorsprung allerdings ausreicht, um den demografischen Wandel an jeder Stelle sozialverträglich zu begleiten und zu gestalten, hängt in hohem Maße davon ab, ob die bereits ergriffenen Maßnahmen in die richtige Richtung gehen.

Im folgenden Teil möchte ich bereits in die Wege geleitete Maßnahmen betrachten.

¹⁸ Vgl. die Vortragsunterlagen der Staatskanzlei unter www.demografie.brandenburg.de.

4 Lösungsansätze – im Fokus: in Brandenburg

Auf der Suche nach konkreten politischen Handlungsansätzen im Bereich der demografischen Entwicklung bzw. auf der Suche nach Strategien, den negativen Auswirkungen entgegenzuwirken, findet man zahlreiche Ansätze und bereits viele konkrete Projekte. Die politische Agenda ist von der Thematik geprägt – und das auf allen Ebenen. In Straßburg und Brüssel, Berlin, Potsdam und auch in den einzelnen brandenburgischen Kommunen machen sich die politisch Verantwortlichen Gedanken zur demografischen Entwicklung und ihren Folgen.

In diesem Kapitel stehen

- eine Übersicht zu Handlungsempfehlungen politisch Verantwortlicher aus Brüssel, Berlin und Potsdam,
- die Bedeutung bürgerschaftlichen Engagements bei der Bewältigung des demografischen Wandels und
- eine kurze Vorstellung konkret an Fachpolitikbereichen orientierter Maßnahmen

im Vordergrund.

Handlungsempfehlungen politisch Verantwortlicher

Die nächste Übersicht (S. 14ff) fasst Handlungsempfehlungen zusammen, die von politischen Vertretern unterschiedlicher Kompetenzebenen in den Politikfeldern Bildung, Familie, Migration/Integration, öffentliche Verwaltung/Daseinsvorsorge und Wirtschaft/Arbeit, veröffentlicht wurden.

Bereits 2002 veröffentlichte die Enquete-Kommission „Demografischer Wandel – Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik“ des Bundestages nach 10jähriger Arbeit ihren Abschlussbericht. Auf EU-Ebene stellte die EU-Kommission 2006 ein Strategiepapier zur Diskussion, und im Jahre 2008 präsentierte die brandenburgische Landesregierung im Rahmen eines Vortrages die Grundsätze ihrer Demografie-Politik.

EU-Strategiepapier zum demografischen Wandel, 2006 ¹⁹	Schlussbericht der Enquete-Kommission des Bundestages, 2002 ²⁰	Staatskanzlei Brandenburg zum demografischen Wandel, 2008 ²¹
Bildungspolitik		
Steigerung der Produktivität und Wirtschaftsleistung durch Investition in Bildung und Forschung	Verbesserung von Bildung, Ausbildung, lebenslanges Lernen	Kitas, Schule, Ausbildung, Studium, Weiterbildung – zu lebenslangem Lernen befähigen
Familienpolitik		
Unterstützung der demografischen Entwicklung durch bessere Bedingungen für Familien und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie	Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf, Kinderbetreuung und Pflege	Wirtschaftspolitik ist Familienpolitik; bessere Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit u.a. durch Sicherung einer kinder- und familienfreundlichen Infrastruktur
		Familienpolitik als Standortfaktor im Wettbewerb um die besten Köpfe
		Wirtschaftliche Stärkung von Familien (Familiengeld als Einkommensersatz, Familiensplitting statt Ehegattensplitting)
Migrations- und Integrationspolitik		
Aufnahme und Integration von Migranten	Verbesserte Integration von Migranten im Bildungs- und Beschäftigungssystem	Wirtschaftspolitisch orientierte Zuwanderungspolitik
Öffentliche Verwaltung / Daseinsvorsorge		
Gewährleistung nachhaltiger öffentlicher Finanzen für angemessene Renten, medizinische Versorgung und Langzeitpflege		Integrierte Verwaltungsstrukturreform und Gebietsreform

¹⁹ <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2006:0571:FIN:DE:PDF>.

²⁰ <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/14/088/1408800.pdf>

²¹ http://www.demografie.brandenburg.de/media/lbm1.a.4856.de/mac_vortrag.pdf.

		Stärken stärken. Konzentration auf Wachstumskerne und Branchenkompetenzen
		Prioritätensetzung zugunsten nachhaltiger und zukunftsorientierter Bereiche (Bildung, Wissenschaft und Forschung, Wirtschaft, Technologie, Innovation) – finanzielle Stabilisierung / Verstärkung prioritärer Bereiche trotz allgemeiner Haushaltskonsolidierung
		Zentrale Orte: Daseinsvorsorge bündeln; Bürgernähe durch dezentralen und mobilen Service, eGovernment
		Wohnungsrückbau in schrumpfenden Regionen und Aufwertung von (Innen-) Städten
		Verkehrsinfrastruktur anpassen, Vernetzung der Verkehrssysteme, Mobilität in schrumpfenden Regionen sichern
Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik		
Förderung der Beschäftigung – mehr Arbeitsplätze und ein längeres Erwerbsleben mit hoher Lebensqualität	Erhöhung der Beschäftigung und Abbau der Arbeitsleistung	Renteneintrittsalter erhöhen, Anreize für Frühverrentung reduzieren
		Gesicherte berufliche Perspektive für (künftige) Elterngeneration schaffen
	Erhöhung der Beschäftigungschancen Älterer	Erwerbsquote älterer Menschen erhöhen, Erfahrungswissen erschließen, Wissenstransfer von älteren zu jüngeren Menschen

		organisieren
	Verbesserung der Einstiegschancen für Jugendliche	Erstausbildungszeiten verkürzen
		Seniorenwirtschaft als Wachstumsmotor, neue Produkte, Dienstleistungen und Angebote entwickeln

Auf den ersten Blick kann man sehen, dass sich die Empfehlungen gleichen und in bestimmten Teilen sogar decken. Nach den obigen Ausführungen überrascht das nicht. Es beruhigt in gewisser Weise, denn der Weg, auf dem sich Brandenburg bewegt, scheint demnach in die richtige Richtung zu weisen.

Auf den zweiten Blick erkennt man, dass die in Brandenburg definierten Handlungsempfehlungen bereits differenzierter sind als auf Bundes- und EU-Ebene. Auch das überrascht nicht – Brandenburg ist erstens stärker und zweitens bereits früher von den Auswirkungen des demografischen Wandels betroffen. Auch hier beruhigt wiederum, dass das Problem erkannt und vor allem bereits in Angriff genommen wird. Allein die Tatsache, dass das Referat „Demografischer Wandel“ in der Staatskanzlei angesiedelt und somit zur Chefsache erklärt ist, macht die Bedeutung auf der politischen Verantwortungsebene deutlich.

Folgendes ist mir wichtig: Es muss gelingen, ein positives und realistisches Leitbild zu entwickeln, an dem sich die Gesellschaft ausrichten kann. Damit keine lähmende Unsicherheit entsteht und Reformen nicht nur dann bejaht werden, wenn man selbst nicht betroffen ist, müssen Bürgerinnen und Bürger wahrheitsgemäß informiert werden, um sie „mit ins Boot zu holen“.

Bürgerschaftliches Engagement

Die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger ist ein zentrales Thema. Es ist unstrittig, dass eine **Verstärkung bürgerschaftlichen Engagements** gerade wegen der weit reichenden Folgen des demografischen Wandels für unsere Gesellschaft immer notwendiger wird²². Übrigens ist 2011 das Europäische Jahr für Freiwilligentätigkeit, und 2012 wird zum Europäischen Jahr für aktives Altern ausgerufen werden – auch dies sind Maßnahmen, um das Bewusstsein für die demografischen Veränderungen zu schärfen.

Der wachsende Anteil älterer Menschen wird zu einer Zunahme von Aufgaben der Unterstützung, **Betreuung und Pflege** führen, die alleine schon aus finanziellen Gründen nicht von allen professionell erbracht werden können. Hinzu kommt der tendenzielle Bedeutungsverlust familiärer Stützstrukturen durch zunehmende Singularisierung oder auch größere räumliche Entfernungen und Mobilitätsanforderungen.

Die Teilhabe älterer Menschen ist aber nicht allein vom Versorgungsgedanken getragen. Sie birgt vielmehr auch Chancen: Die **Weitergabe des Wissens** der älteren Generation an die jungen Menschen durch Mentoring-Projekte oder auch im „umgekehrten“ Betreuungsverhältnis, wenn ältere Menschen im Rahmen von Großeltern-Diensten die Betreuung von Kindern übernehmen, wenn die öffentlichen Betreuungsangebote fehlen.

Zivilgesellschaftliche Netzwerke werden mehr Bedeutung im Hinblick auf unsere infolge der Migration immer bunter werdende Gesellschaft haben. Integration fußt vor allem auf sozialer Integration. Für die **erfolgreiche Einbindung der Zuwanderer** wird bürgerschaftliches Engagement daher eine große Rolle spielen.

Wichtig ist, dass gesellschaftliches Engagement öffentlich gefördert wird. Dabei denke ich nicht nur an finanzielle Unterstützung, sondern beispielsweise auch an den Abbau bürokratischer Hindernisse, die das Engagement unnötig erschweren können.

An Fachpolitiken orientierte Maßnahmen

Ein zentraler Abschnitt der Internetseite der Staatskanzlei Brandenburg widmet sich dem demografischen Wandel. Unter dem Begriff „Brandenburg aktiv“ wird erläutert, wie die Fachpolitiken des Landes seit 2005 den demografischen Erfordernissen angepasst und entsprechende Strategien entwickelt wurden. Nach fünf Jahren haben sich daraus zahlreiche Projekte und Maßnahmen ent- bzw. fort- und weiterentwickelt²³. Einige Beispiele:

a) Gesellschaft und Zusammenleben

Schwerpunkte sind hier zum einen die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien und Kinder, zum anderen die Maßnahmen, die der alternden Bevölkerungsschicht Rechnung tragen, wobei diese Handlungsfelder integrativ vernetzt werden. Man kann gut sagen, dass der Generationenvertrag hier umgedeutet bzw. neu orientiert wird. Statt nur sicherzustellen, dass

²² Lokale Zukunftspolitik: den demografischen Wandel im Bürgerdialog gestalten. (FES, 2008, [Texte der KommunalAkademie ; 3](http://library.fes.de/pdf-files/akademie/kommunal/05826.pdf)); (<http://library.fes.de/pdf-files/akademie/kommunal/05826.pdf>).

²³ Im Folgenden werden einzelne Projekte beispielhaft aufgeführt. Eine Fülle von Einzelprojekten wird (vorbildlich im Hinblick auf den Transparenzgedanken bzw. um die Nachahmung zu ermöglichen) im Internet unter www.stk.brandenburg.de/sixcms/detail.php/bb1.c.170058.de aufgeführt.

der finanzielle Ausgleich stimmt, werden hier die Voraussetzungen geschaffen, um Wissen und Erfahrungen zu vermitteln. Aber auch Maßnahmen zur Integration werden gefördert.

- So bietet beispielsweise die **Familienserviceagentur fam.e** in Schwedt Hilfe für Alltagsprobleme von Familien und unterstützt diese vor allem bei der besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Neben Babysittern werden zum Beispiel Einkaufshilfen für ältere Mitmenschen vermittelt oder Fahrgemeinschaften organisiert.
- Seit 2007 veranstalten Landtag und Landesregierung jährlich gemeinsam ein zentrales **Einbürgerungsfest**, um ein deutliches Zeichen des Willkommens und der Anerkennung für die Neubürgerinnen und -bürger zu setzen.
- Es gibt bereits neun **Mehrgenerationenhäuser** in Brandenburg, die das Vorbild der einstigen Großfamilie aufgreifen: Menschen jeden Alters sollen sich begegnen, austauschen, gegenseitig helfen und unterstützen²⁴.
- Mit dem „**Demografie-Beispiel des Monats**“ werden Projekte gewürdigt, die den Folgen des demografischen Wandels erfolgreich „entgegenzutreten“. Gleichzeitig erhöht sich der Bekanntheitsgrad der Projekte und damit wiederum das Bewusstsein für die vielfältige Thematik.

b) Gesundheit und Pflege

- Aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) wurde das Projekt „**Gemeindegeschwester**“ von 2006 bis 2008 am Medizinischen Zentrum Lübbenau gefördert. Es sollte herausgefunden werden, ob Hausärzte in unterversorgten Regionen entlastet werden können, damit ihnen mehr Zeit für einzelne Patienten und ein größeres Versorgungsgebiet bleibt. Die Schwestern unterstützten sechs Hausärztinnen und Hausärzte sowie eine hausärztlich tätige Kinderärztin und waren mit Auto, Laptop, Videotelefon und telemedizinischer Ausrüstung ausgestattet. Mit Erfolg: Der (Bundes-) Gesetzgeber hat mit dem Pflege-Weiterentwicklungsgesetz die Grundlage geschaffen, damit Gemeindegeschwestern seit 2009 in ganz Deutschland zum Einsatz kommen können.
- Die stürmische Entwicklung **telematischer Anwendungen im Gesundheitswesen** ist auch eine Reaktion auf die Auswirkungen des demografischen Wandels. Medizinische Versorgung kann nicht mehr an allen Orten in gleich hoher Qualität garantiert werden.

²⁴ www.mehrgenerationenhaeuser.de Seit 2008 werden deutschlandweit insgesamt 500 Mehrgenerationenhäuser vom Bund sowie aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) gefördert.

Um diese Defizite mit Hilfe moderner Technik zu überbrücken, gibt es mittlerweile Telemonitoring, Telekooperation und Teletherapie, mit deren Hilfe die sich verlängernde Strecken zu Krankenhäusern oder anderen medizinischen Versorgungsstätten kompensiert werden. Noch gibt es viele Hemmnisse technischer (Breitbandversorgung!), rechtlicher, organisatorischer und finanzieller Art. Aber auch für Brandenburg wird dieser Weg ein Mittel sein, um die medizinische Versorgung in dünner besiedelten Regionen aufrechtzuerhalten.

c) Lernen und Forschen

Alle Empfehlungen betonen, dass eine gut ausgebildete Bevölkerung die Voraussetzung ist, den Auswirkungen des demografischen Wandels kreativ zu begegnen. In Aus- und Fortbildung zu investieren, ist also die beste Möglichkeit, Zukunft zu schaffen.

- Die Landesregierung will Schulen gemäß dem Prinzip „Kurze Wege für kurze Beine“ erhalten. Der rechtliche Rahmen steht für das Modell „**Kleine Grundschule**“²⁵, die landesweit ein vollständiges Bildungsangebot sichern soll. Bereits 1994-1997 wurde ein Modellversuch durchgeführt und bisher ca. 45 Kleine Grundschulen genehmigt sowie ein Netzwerk entwickelt, um den Erfahrungsaustausch zu optimieren²⁶. Überlegenswert ist zudem beispielsweise, Schulen von einer Zentrale aus mit Lehrern zu versorgen, damit nicht viele Schüler, sondern nur wenige Lehrer pendeln müssen²⁷.
- Interessant finde ich eine Idee aus Schweden, die dort im Hinblick auf die **Finanzierung von Schulen** in dünn besiedelten Regionen umgesetzt wird²⁸: Betroffene Gemeinden können für Bildung vorgesehene Gelder selbst verwalten und damit im Endeffekt selbst entscheiden, ob sie mit dem zur Verfügung stehenden Budget einen hervorragenden Transportdienst zu einer entfernten Zentralschule einrichten oder das Geld in den Erhalt einer kleinen Dorfschule stecken. Mündige Bürgerinnen und Bürger werden auf diese Weise sinnvoll und erfolgreich in eine sehr zentrale Frage ihres eigenen Lebensumfeldes einbezogen. Dies wird in Zukunft zu diskutieren sein, zumal neuere wissenschaftliche

²⁵ Vgl. eine beschreibende Darstellung unter

www.mbjs.brandenburg.de/sixcms/media.php/bb2.a.5813.de/Modell_kleine_Grundsschule.pdf.

²⁶ Weitere Einzelheiten vgl. <http://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/bbs/schule/projekte/kgs/startseite1.html>.

²⁷ „Demografischer Wandel. Ein Politikvorschlag unter besonderer Berücksichtigung der Neuen Länder.“, Gutachten des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung (2009), <http://www.berlin-institut.org/weitere-veroeffentlichungen/demografischer-wandel.html>.

²⁸ Gutachten Landtag, aaO, Seite 60.

Empfehlungen dafür plädieren, den betroffenen Regionen generell mehr Planungsautonomie zu übertragen²⁹.

d) Wirtschaftsstandort Brandenburg

Seit 2005 verfolgt Brandenburg eine neue Förderpolitik. Die Fördermittel werden nicht mehr gleichmäßig im Land verteilt, sondern es gibt 15 regionale Wachstumskerne und 16 Branchenkompetenzfelder, in die Mittel konzentriert fließen. Ziel ist es, Standorte mit besonderer Ausstrahlkraft sowie zukunftsorientierte Branchen gezielt und bevorzugt zu stärken.

Unter dem Motto „**Stärken stärken**“ stehen

- die Fachkräftesicherung,
- die bessere Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit und
- die stärkere Nutzung der Potenziale und des Erfahrungswissens älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

im Mittelpunkt³⁰.

Für den brandenburgischen Arbeitsmarkt kann die demografische Entwicklung tatsächlich eine **Chance** bedeuten. Da die Anzahl an Arbeitsplätzen nicht proportional zur Bevölkerung sinkt, sinkt die Arbeitslosigkeit. Im Februar 1998 lag die Arbeitslosenquote landesweit noch bei 21 Prozent, im Dezember 2010 lag sie nur noch bei 10,6 Prozent. Dies ist allerdings nicht ausschließlich auf den Bevölkerungsrückgang zurückzuführen, sondern hängt auch mit der höheren Wirtschaftskraft des Landes zusammen. Wenn es weiterhin gelingt, den Fachkräftemangel durch gezielte Ausbildung zu verhindern, dürfte die Arbeitslosigkeit weiter sinken.

- Zur Fachkräftesicherung wurde bereits 2006 ein **Bündnis für Fachkräftesicherung** etabliert, aus dem sechs „Regionalbüros Fachkräftesicherung“ hervorgegangen sind, die Unternehmen für eine frühzeitige Personal- und Kompetenzentwicklung sensibilisieren und durch zahlreiche Projekte und Koordinationsmaßnahmen unterstützen.
- Die „**Servicestelle Arbeitswelt und Elternzeit**“ berät Unternehmen und (werdende) Eltern zu den Themen Mutterschutz, Elternzeit und Rückkehr an den Arbeitsplatz.
- Ein Modell, das zwei Aspekte des demografischen Wandels wunderbar miteinander verbindet, sind **Großelterndienste**, die „Oma auf Bestellung“. Vermittlungsdienste bringen

²⁹ aaO, Fn. 26.

³⁰ Ausführliche Informationen zur Förderpolitik z.B. in der Publikation der LASA Brandenburg GmbH „Die Politik der Regionalen Wachstumskerne“ in brandaktuell 3/2009, http://www.lasa-brandenburg.de/brandaktuell/fileadmin/user_upload/MAIN-dateien/pdf-archiv/nr_3_2009.pdf.

ältere Menschen mit Zeit zusammen mit Familien bzw. Eltern, deren Tage eigentlich besser 48 Stunden haben könnten. Immer häufiger sind die „echten“ Großeltern nicht in der Nähe und können deshalb nicht einspringen, wenn die Kinder krank werden und beide Elternteile arbeiten müssen. Gleichzeitig werden die älteren Menschen verstärkt in die Gesellschaft integriert³¹.

- Gefunden werden müssen aber auch **Vereinbarkeitslösungen für Beruf und Pflege** – und das ist ein ganz zentrales Thema in Brandenburg, Die Zahl der Pflegebedürftigen wird in Zukunft enorm steigen. Ideen sind gefragt! Das brandenburgische Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie hat im Februar 2010 einen **Ideenwettbewerb** zur Vereinbarkeit von Beruf und Pflege ausgerufen, um praktikable und tragfähige Lösungen zu finden.

Abschließend ein Beispiel, das mehrere Aspekte miteinander verknüpft – die **Dorfladen-Idee**. Immer weniger kleine Gemeinden bieten Einkaufsmöglichkeiten, die der zunehmenden Altersstruktur und Immobilität der Bewohner entsprechen. Deren Bedürfnis nach einem Laden um die Ecke wird immer größer – tatsächlich schließen solche Läden, und der nächste Supermarkt eröffnet mehrere Kilometer weit entfernt. Auch der soziale Aspekt eines solchen Treffpunktes als Ort für ein kurzes Gespräch ist nicht zu unterschätzen. Die Bevölkerung Seddins bei Potsdam wurde aktiv und ist derzeit dabei, einen Dorfladen zu entwickeln³².

e) Starke Städte – innovatives Land

Untersuchungen des Projekts mobikult³³ bestätigen, dass das klassische ÖPNV-Angebot gerade im ländlichen Raum nicht mehr bezahlbar ist. Der Teufelskreis von Nachfrage- und Angebotsrückgang ist nur aufzubrechen, wenn es gelingt, den Akteuren die positiven Wirkungen flexibler Angebote zu verdeutlichen und zu sofortigem Handeln motivieren. So gelang es mittels neuer Kooperations- und Vermarktungsstrategien, lohnende Alternativen aufzuzeigen und z.B. wirtschaftlich betriebene Fahrdienste (z.B. Touristenbuslinien, Shuttleverkehre) oder ehrenamtlich betriebene Fahrdienste (z.B. Bürgerbusse) zu etablieren.

Ein Beispiel ist der „**BürgerBus Hoher Fläming**“³⁴. Auf Initiative von Bürgerinnen und Bürgern hat sich ein Verein gegründet und mit Unterstützung von Land, Kreis und regionaler Verkehrsgesellschaft eine Buslinie zum Leben erweckt, die seit September 2008 die Kreis-

³¹ Für eine Vermittlung in Berlin siehe: www.grosselternDienst.de.

³² <http://www.taz.de/1/berlin/artikel/1/gesucht-der-laden-gleich-um-die-ecke/>.

³³ www.mobikult.de.

³⁴ www.buergerbus-hoherflaeming.de.

stadt Belzig mit den umliegenden Gemeinden verbindet. Aus den Erfahrungen des Vereins entstand das Handbuch BürgerBus, ein Leitfaden, der zur Nachahmung animieren soll.

f) Der Moderne Staat

Um Einbußen bei der Lebensqualität in den von negativen demografischen Entwicklungen geprägten Gemeinden abzumildern, werden zukünftig häufiger **Kooperationen zwischen Gemeinden** oder auch Zusammenlegungen von Gemeinden auf der Tagesordnung stehen. (Stichwort interkommunale Zusammenarbeit)³⁵.

- Im Landkreis Potsdam-Mittelmark wurde bereits 2001 das **Netzwerk ambulanter sozialer Dienste** gegründet. Über Verwaltungsgrenzen hinweg ist es gelungen, die Zusammenarbeit zwischen den sozialen Trägern, den Kommunen und den Fachdiensten der Kreisverwaltung zu verstärken, Verbesserungen bei der Betreuung älterer, pflegebedürftiger und behinderter Bürger zu erarbeiten sowie pflegende Angehörige und Selbsthilfegruppen zu unterstützen.
- Besonders zukunftsweisend sind **grenzüberschreitende interkommunale Kooperationen** wie zum Beispiel das **Asklepios Klinikum in Schwedt**. Die Klinik arbeitet seit 2008 mit der Pommerschen Medizinischen Akademie in Stettin zusammen und verfügt dadurch über den Status eines Lehrkrankenhauses. Durch die aktive Beteiligung an Ausbildung und Forschung konnten Patientenversorgung und medizinischer Fortschritt effektiver miteinander verknüpft werden. Außerdem ist die Einrichtung für junge Ärzte ein attraktiver Arbeitsplatz.
- Bereits seit 2004 besteht der **Wirtschaftsverbund „PAPS“** der Städte Pasewalk, Anklam und Prenzlau. Im Dezember 2006 trat das polnische Stettin dem Verbund bei, und seit Mai 2009 ist die polnische Stadt Police Kooperationspartner. Durch die grenzübergreifende Zusammenarbeit werden Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität des Wirtschaftsraumes für nationale und internationale Großinvestoren gestärkt.

Weitere strukturelle Veränderungen in der Verwaltung sind unvermeidbar. Das **Online-Angebot für Bürgerdienste**³⁶ wird weiter ausgebaut, das flächendeckende Netz von Verwal-

³⁵ Mehr dazu: Frick, Hans-Jörg: Interkommunale Zusammenarbeit : Handreichung für die Kommunalpolitik. (FES, 2008, [Texte der KommunalAkademie](http://library.fes.de/pdf-files/akademie/kommunal/05825.pdf) : 4); <http://library.fes.de/pdf-files/akademie/kommunal/05825.pdf>.

³⁶ <http://service.brandenburg.de>.

tungsbehörden reduziert. Bürger werden vermehrt ausgewählte Dienstleistungen von zuhause erledigen können.

Gedanken machen muss man sich im gleichen Atemzug um die technischen Voraussetzungen: Neben der flächendeckenden **Breitbandversorgung** ist auch **Medienkompetenz** der Bürgerinnen und Bürger erforderlich. Hier besteht nach wie vor Handlungsbedarf – im nördlichen Brandenburg ist die Versorgung mit Breitband im bundesweiten Vergleich nach wie vor am schlechtesten³⁷.

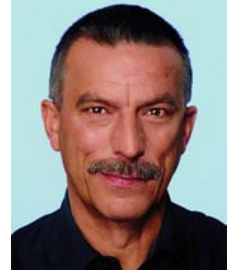
5 Fazit

- Die Rahmenbedingungen haben sich geändert. Es muss den Tatsachen einer sinkenden Bevölkerung und einem gleichzeitig sinkenden öffentlichen Haushaltsvolumen ins Auge gesehen werden. Die vorausschauende und somit vorsorgende Politik muss sich an diesen Notwendigkeiten ausrichten.
- Parallel dazu steht die Analyse der örtlichen Potenziale. Es müssen die eigenen Chancen erkannt, genutzt und gezielt gefördert werden. Die brandenburgische Landesregierung geht diesen Weg bereits seit 2005 und ist damit auf dem richtigen Weg.
- Die Umgestaltung und Anpassung darf nicht dazu führen, dass es „Regionen zweiter Klasse“ gibt. Eine Garantie für gleichwertige Lebensverhältnisse im ganzen Land wird es jedoch nicht mehr geben. Das bedeutet aber, dass Sozialverträglichkeit groß geschrieben und neu definiert werden muss: Gut ist nicht automatisch die Beibehaltung des alten Standards – auch neue Vor- und Versorgungsformen können zum Ziel führen. Die Akzeptanz der Bevölkerung zu gewinnen, spielt dabei eine große Rolle.
- Regelmäßige Evaluierung der getroffenen Maßnahmen und eine selbstkritische Betrachtung der politischen Akteure auf allen Kompetenzebenen ist unerlässlich.
- Der gesellschaftliche Grundtenor sollte getragen sein von einer Entwicklung weg von der Ich-Zentrierung hin zur bürgerlichen Verantwortung. Ein solidarisches Miteinander ist gefragt. Hier können wir Sozialdemokraten uns besonders gut einbringen.

³⁷ Vgl. den Breitbandatlas des Bundeswirtschaftsministeriums unter <http://www.zukunft-breitband.de/BBA/Navigation/Breitbandatlas/breitbandsuche.html>.

Drei Fragen an: Norbert Glante, MdEP

Norbert Glante, geb. 1952,
Informatiker, seit 1994 Mit-
glied des Europaparlaments



Seit wann hat die Politik in Brandenburg das Thema

demografischer Wandel im Blick?

Die brandenburgische Landesregierung hat die Zeichen der Zeit schon vor einigen Jahren erkannt und ist heute in der Lage, bereits auf erste Erfahrungen zurückblicken zu können. Die ersten konkreten und ausdrücklich demografiebedingten Maßnahmen wurden 2005 ergriffen, als Ministerpräsident Matthias Platzeck die Förderpolitik des Landes neu ausrichtete. Seitdem werden alle politischen Maßnahmen auch unter Demografiefragen bewertet. Die Bedeutung, die der Thematik beigemessen wird, zeigt sich daran, dass das Referat „Demografischer Wandel“ in der Staatskanzlei angesiedelt wird. Chefsache sozusagen.

Welche zentralen Auswirkungen bringt der Wandel dem dünnbesiedelten Flächenland?

Es zeichnet sich ab, dass sich die Brandenburger Bevölkerung zunehmend auf ein dynamisches Zentrum um die Bundeshauptstadt Berlin und eine weite, von Abwanderung geprägte Peripherie aufteilt. In Bezug auf Versorgung werden nahezu paradoxe Zustände entstehen: Da, wo die Bedarfe z.B. nach Mobilität oder ärztlicher Versorgung am größten sind, lohnen sie sich - wirtschaftlich gesehen - am wenigsten. Und Geld wird nicht da sein, denn mit der Bevölkerung werden auch die Steuereinnahmen schrumpfen. Verschärfend kommt hinzu, dass Brandenburg künftig auf Transferleistungen verzichten muss, weil Gelder aus dem Solidaripakt und den Europäischen Fonds ausbleiben bzw. geringer ausfallen werden.

Warum und wie muss die Bevölkerung rechtzeitig auf die Veränderungen vorbereitet werden?

Ohne ehrenamtliches Engagement können die gesellschaftlichen Anforderungen künftig nicht mehr bewältigt werden. Wir alle werden in Zukunft mehr gesellschaftliche Verantwortung tragen müssen. Dabei kommt uns Politikerinnen und Politikern eine zentrale Rolle zu, weil wir dazu beitragen können, die Bürgerinnen und Bürger mit ins Boot zu holen! Unser Werben für ein solidarisches Miteinander und für Generationengerechtigkeit darf allerdings nicht als Wahlkampfparole ankommen. Es geht vielmehr um die Einsicht, dass uns die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zum Umdenken zwingen. Und dass der demografische Wandel tatsächlich Chancen birgt. Brandenburg kommt hierbei eine Vorreiterrolle zu, aus der wir ein starkes Selbstbewusstsein ziehen können.